

Vierteljährlicher Abonnementspreis
in Breslau 2 Thaler, außerhalb incl. Porto
2 Thaler 11/2 Sgr. Insertionsgebühr für den
Raum einer fünfteiligen Zeile in Petit-Druck
1/2 Sgr.

Breslauer

Mittagsblatt.

Dinstag den 8. April 1856.

Nr. 164.

Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

Hamburg, 7. April. Die heute vom Senate der Bürgergesellschaft von Neuem vorgelegte sogenannte Neuverfassung ist von vier Kirchspielen gegen eins verworfen worden. Bei Auszählung der Stimmen ergab sich, daß 661 gegen dieselbe, 344 für dieselbe votirt hatten.

Paris, 7. April. Heute hielten die Konferenzmitglieder eine Sitzung.

Paris, 7. April, Nachmittags 3 Uhr. Die 3pSt. Rente eröffnete zu 73, 20, sank auf 73, 10, und stieg bei starken Ankäufen auf 73, 35. Börsenschluß bei bedeutendem Geschäft zur Notiz ziemlich fest. Eisenbahn-Aktien sehr fest und gesucht. Consols von Mittags 1 Uhr waren 93 gemeldet.

Schluß-Course:
3pSt. Rente 73, 30. 4pSt. Rente 93, —. Credit-Mobilier-Aktien 1682. 3pSt. Spanier —. 1pSt. Spanier —. Silberanleihe 90. Oester. Staats-Eisenbahn-Aktien 915.

London, 7. April, Nachmittags 3 Uhr.
Consols 92 1/2. 1pSt. Spanier 24 1/2. Merikaner 22 1/2. Sardinier —. 5pSt. Ruffen 105. 4pSt. Ruffen 94.

Das fällige Dampfschiff aus Newyork ist eingetroffen. Der Cours auf London war daselbst 109 1/2.

Frankfurt a. M., 7. April, Nachmittags 2 Uhr. Lebhaftes Geschäft in österreichischen Fonds zu festen Preisen. Französisch-österreichische Staats-Eisenbahn niedriger, österreichische Credit-Aktien anfänglich beliebt, dann matter. Ludwigshafen-Verbacher fortwährend gefragt und höher.

Schluß-Course:
Wiener Wechsel 118 1/2. 5pSt. Metalliques 85 1/2. 4pSt. Metalliques 77 1/2. 1854er Loose 108 1/2. Oesterreich. National-Anlehen 86 1/2. Oester. Französisch Staats-Eisenb.-Akt. 303. Oesterreichische Bank-Antheile 1332. Oesterreichische Credit-Aktien 175.

Hamburg, 7. April, Nachmittags 2 1/2 Uhr. Börse matt bei geringem Geschäft. — **Schluß-Course:**
Oesterreich. Loose 109 1/2. Oesterreich. Credit-Aktien 158. Oesterreichische Eisenbahn-Aktien 920. Wien —.

Hamburg, 7. April, Getreidemarkt. Weizen fest. Roggen, Petersburg 115 bis 116 Pfd. 77 eineln zu machen. Del pro Mai 32 1/2, pro Oktober 27 1/2. Kaffee stille. Zink ohne Umsatz.

Liverpool, 7. April, Baumwoll: 8000 Ballen Umsatz. Preise gegen vergangenen Sonnabend unverändert.

Preußen.

Berlin, 7. April. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem persönlichen Adjutanten des Prinzen Friedrich Karl von Preußen königliche Hoheit, Rittmeister v. Cosel, aggregirt dem 2. Dragoner-Regiment, den rothen Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen.

Berlin, 6. April. Es ist nunmehr in Paris ein Waffenstillstand zur See geschlossen. Die nach Zeichnung des Friedens gemachten Präsen werden zurückgegeben. Die Aufhebung der bestehenden Blockaden soll unverzüglich erfolgen und eben so sollen die in Rußland ergangenen Verbote der Ausfuhr aus russischen Häfen, namentlich wegen des Getreides, unverzüglich aufgehoben werden. Die hinsichtlich des Handels und der Schifffahrt erforderlichen Konsulats-Funktionen werden provisorisch von den Agenten derjenigen Mächte geübt, welche darin gewilligt haben, daß während des Krieges die Interessen der Unterthanen der kriegführenden Mächte in offizieller Weise wahrgenommen würden.

7. April. Den so eben aus St. Petersburg eingegangenen Nachrichten zufolge ist die Ausfuhr von allen Gattungen Getreide aus allen Häfen nach dem früheren Grundsatz von der russischen Regierung freigegeben worden. (St.-Anz.)

Berlin 6. April. Der bevorstehende Friede hat in dem russischen Handelsstande eine außerordentliche Thätigkeit und Regsamkeit hervorgerufen und es werden alle Vorbereitungen zur Wiederanknüpfung der überseeischen Verbindungen getroffen. Wie vorauszusetzen wird die Nachricht von der Aufhebung der Blockade der Beginn des neuen Seeverkehrs sein. Wie sehr der Seehandel in den beiden letzten Jahren darnieder gelegen hat, läßt sich am Besten aus den Mittheilungen über den Verkehr des bedeutendsten der Ostseehäfen, des Hafens zu Riga, während des verfloßenen Jahres ersehen. Ich gebe über den Seeverkehr dieses Plazes — gewissermaßen zum Anschluß an meine jüngst gemachten Mittheilungen über die Schifffahrt und den Handel von St. Petersburg — einige Daten, welche genügen werden, zu folgern, wie bedeutend das Geschäft Riga's darnieder gelegen hat. Der Verkehr zur See beschränkte sich nur auf wenige Tage, auf die Zeit zwischen dem Abgang der Blockade-Flotten und der Belegung des Hafens mit Eis. Da aber gleich nach Abzug der feindlichen Flotten starker Frost eintrat, so konnten nur wenige Schiffe ein- und ausgehen. Außerdem gelang es einer Anzahl von kleinen Schiffen oder Struken, verstreut und an der Küste entlang, während der Anwesenheit des Blockade-Geschwaders in den Hafen einzugehen. Die Zahl derselben belief sich auf 356. Von größeren Schiffen liefen nur 11 ein und gingen 23 aus. Von diesen war kein einziges ein russisches. Die Mehrzahl derselben waren dänische, mecklenburgische und schwedische. Von den eingegangenen Schiffen führten 8 Salz, 1 Salz und Wein, 1 Stückgut und 1 Steinkohlen. Die bei weitem größere Menge der Güter mußte den Landweg nehmen. Salz ist ein Haupt-Einfuhr-Artikel, der sonst immer zur See seinen Weg nahm. Im vergangenen Jahre liefen aber nur 200,000 Pud zu Schiffe ein, während 6—700,000 Pud den Landweg einzuliegen. Von den Ausfuhr-Artikeln nimmt eine der ersten Stellen Roggen ein. Während sonst mindestens 150,000 Last über den Hafen von Riga gehen, so beschränkte sich die Ausfuhr aus dem Lande auf 300 Last und auf ein Restquantum größtentheils beschädigter Waare aus dem Vorjahre. In gleichem Verhältnisse hielt sich der gesammte Handel Riga's und der übrigen Ostsee-Häfen Rußlands. — Die preussische Regierung ist mit den übrigen Regierungen der Zollvereinsstaaten in Verbindung getreten, um die erforderliche Autorisation für den Abschluß eines neuen Schifffahrts- und Handels-Vertrages zwischen dem Zollverein und dem Königreich Neapel zu erhalten und sich über die Bedingungen bei Eingehung des Vertrages zu einigen. Die sicilianische Regierung hat sich schon bereit erklärt,

dem bestehenden Vertrage vom 27. Januar 1847 eine Erweiterung zu geben. Man erwartet hiernach, daß den Schiffen des Zollvereins die volle Gleichberechtigung im Königreich Neapel mit der nationalen Flagge — die dieser Flagge vorbehaltene Küstenschifffahrt macht allein eine Ausnahme — eingeräumt wird, sowohl in Betreff der Schifffahrts-Abgaben als der Waarenzölle, einschließlich auch eines Zollrabatts von 10 pSt., so lange derselbe der nationalen Flagge gewährt wird — und zwar ausdrücklich ohne Rücksicht auf den Ursprung der geladenen Waaren und ohne Unterschied, ob die Schiffe in direkter oder indirekter Fahrt dort angekommen sind. Diesen zu erwartenden Zugeständnissen ist, da sie zur Zeit nur allein den Hansestädten zugestanden sind, eine mehr als gewöhnliche Bedeutung beizulegen.

C. B. Berlin, 7. April. [Die Börse.] Die Wirkung des Reskripts des Hrn. Handelsministers über die Eröffnung im Betriebe der Börsengeschäfte war gestern auf der sogenannten Ressourcenbörse sofort wahrzunehmen. Es ward von verschiedenen Seiten angeregt, diesen sonstigen Privat-Börsenverkehr ganz aufzugeben, da man in ihm auch ein verbotswidriges Geschäftstreiben erkennen müsse. Indessen waren doch die Meisten der Ansicht, daß man den auswärtigen Kommitenten gegenüber verpflichtet sei, die ertheilten Aufträge innerhalb der nächsten 24 Stunden zu effectuiren, und deshalb den täglichen Verkehr nicht entbehren könne. Man beschränkte sich deshalb darauf, keine Notirungen für die Montagsblätter zu bewirken, die deshalb, mit Ausnahme der „Börsenzeitung“, heute ohne Coursnotizen erschienen sind. — Uebrigens wird die Regierung ohne Zweifel mit energischen Maßregeln vorgehen müssen, da man mit Bestimmtheit vernimmt, daß die Börsendeliten und die Börsenkommissarien die ihnen zustehenden Disziplinarmittel für unzureichend halten und zu Denunziationen bei der Staatsbehörde sich nicht hergeben wollen. Die Börsen-Kommissarien, welchen die innere Polizei der Börse obliegt, sind die Hrn. von den größten Banthäuser, die Hrn. Mendelssohn, Warschauer, Jacobson, Boese, Keibel, Franz, Lubow und Schimonet, die sich ihrerseits um so weniger zu den Schritten, welche man von ihnen wünscht, verstehen dürften, als sie meist principieell jeder Verkehrsbeschränkung abhold sind. Rücksichtlich der nichtamtlichen Courszettel wird man sich von jetzt ab auf die Notirung der voll eingezahlten Bankaktien beschränken, da diese von dem Erlaß des Hrn. Handelsministers nicht betroffen werden. — An der heutigen Börse hatten die Geschäftsformen sich bereits den Wünschen der Behörde vollständig accommodirt. Die unversierten Händler und Agenten handelten nicht mehr als Vermittler der Geschäfte, sondern in eigenem Namen, und da von den meisten auswärtigen Bank-Effekten vollingezahlte Aktien neben den Quittungsbogen emittirt sind, so wurden die Geschäfte in Bezug auf jene geschlossen. Die letzte der neu kreirten Banken, deren Aktien noch nicht voll eingezahlt sind — die Leipziger — hat heute bereits durch ihre hiesigen Banquiers die Einzahlungen des ganzen Nominalbetrages annehmen lassen.

Wir theilten schon kürzlich mit, daß man in Paris übereingekommen sei, die Sundzollfrage nicht als eine der auf dem pariser Kongreß zu erledigenden Angelegenheiten zu betrachten. Die „B. B. 3.“ erzählt in dieser Beziehung aus verlässlicher Quelle noch einiges Nähere. Es war von Dänemark wiederholt angeregt worden, die Sundzoll-Angelegenheit auf das Programm des Kongresses zu setzen. Sofort bei Eröffnung der Konferenzen wurde von der Regierung zu Kopenhagen ein Circular an ihre diplomatischen Agenten im Auslande erlassen, welches den Zweck hatte, die großen Höfe, namentlich aber die bei der Zollfrage interessirenden Staaten von der Nothwendigkeit einer Behandlung dieser Frage aus allgemein europäischen Gesichtspunkten zu überzeugen. Es ist indeß von keiner Seite auf eine Erörterung hierüber eingegangen worden, und nur Rußland soll sich erklärt haben, daß es seinerseits kein Bedenken haben würde, diese Angelegenheit neben andern Fragen von europäischem Interesse, sofern derselben dieser Charakter allseitig zuerkannt werden sollte, verhandelt zu sehen. Auf dem Kongreß selbst scheint nun aber der Frage dieser Charakter bestritten worden und die Zurückweisung unter allseitiger Uebereinstimmung erfolgt zu sein.

Frankreich.

Paris, 5. April. Die gestrige Sitzung des Kongresses hat bis spät in die Nacht hinein gedauert. Wie man glaubt, sind es fortwährend die Donau-Fürstenthümer, welche den Bevollmächtigten so große Schwierigkeiten machen. Oesterreich will von der Bereinigung nichts wissen, und England kündigt sich nicht sehr darum. Vor der Sitzung wurde Hrn. Meyer, einem Photographen, den der Kaiser protegirt — Napoleon III. theilt bekanntlich mit Hrn. Thiers die Leidenschaft für Photographien — gestattet, die sämtlichen Mitglieder des Kongresses am Kongreßtische zu photographiren. Leider war die historische Adler-Feder nicht mehr da. — Die Regierung wird von den Spekulationen befürcht, das Verbot gegen neue Unternehmungen zurückzunehmen. Der Handels-Minister aber meint, man habe für 30 Millionen neue Werthe emittirt, die erst gehörig an den Mann gebracht werden müßten. — Das neue Stück von George Sand, welches im Gymnase gegeben wurde, hatte einen sehr großen Erfolg.

Allerdings habe ich mich in meinem Briefe vom 2. April in der Eile nicht deutlich genug ausgedrückt, indem ich sagte, daß die Gränz-Vereinigung in Bessarabien geregelt, deren materielle Festschließung aber der zu ernennenden Kommission überlassen sei. Ich möchte sagen, daß Rußland in dieser Beziehung England, Oesterreich und der Türkei gegenüber Konzessionen gemacht wurden. Diese sind durch den Friedens-Vertrag festgestellt, und nur, wenn an Ort und Stelle, wie dies Oesterreichs bereits behauptet worden, materielle Unmöglichkeiten der Ausführung sich ergeben sollten, müßte auf Vorschlag der Kommission ein neues Uebereinkommen getroffen werden. Da aber Rußlands topographische Aufnahme, wie nachträglich auch in österreichischen halbpolitischen Organen zugegeben wurde, die richtige ist, so kann die im Friedensvertrage aufgenommene Regelung als eine definitive betrachtet werden. — Der Finanzminister ist durch kaiserliches Dekret ermächtigt worden, die Summe der während des Jahres 1856 auszugebenden Schatzscheine auf 250 Millionen zu erhöhen. Wie man versichert, hat die Bank von Frankreich einen Vertrag mit der Regierung abgeschlossen, dem zufolge sich erstere verpflichtet, der letzteren einen großen Theil dieser Tresorscheine abzunehmen. Die Regierung wird der Bank 5 Prozent Zinsen bezahlen. Man war zur Ergreifung dieser Maßregel genöthigt, weil die Einzahlungen der letzten Anleihe nur sehr langsam von statten gehen. Die Nachricht von der Ausgabe dieser

Schatzscheine setzte unsere Börse in einige Aufregung. Die Renten fielen. — Gestern war großer Ball auf der preussischen Gesandtschaft. Graf Persigny und alle Bevollmächtigten, so wie die ganze offizielle Welt wohnten demselben bei. Die Prinzessin Mathilde eröffnete den Ball mit dem Prinzen von Neup. (S. d. Nähere im Morgenbl. d. 3.)

Großbritannien.

In der Oberhaus-Sitzung am 3. April zeigte Lord Shaftesbury an, daß es seine Absicht ist, nach der Rückkehr des Staatssekretärs des Auswärtigen eine Adresse an die Krone um Untersuchung des britischen Konsulatwesens im ganzen türkischen Reich zu beantragen. Lord Albemarle sagte, daß er zwei Anzeigen auf dem Brett habe, die eine auf den 14. April, die andere auf den 3. April; beide beziehen sich auf den Gebrauch der Tortur in der Präsidenschaft Madras. Die Aktenstücke, deren Vorlegung er heute beantragt, weisen nach, daß am 27. und 28. Juli 1855 wieder 14 Personen auf das Schupplicht gefoltert wurden. Er habe Abschriften dieser Aktenstücke in seinem Besitz, und wisse keinen Grund an ihrer Echtheit; da er jedoch aus Erfahrung wisse, wie schwer es hält, von der heimischen Regierung irgend eine Auskunft über indische Angelegenheiten zu erlangen, so mache er sich keine sanguinische Hoffnung auf die Vorlage und ziehe es vor, selbst mitzutheilen, was er erfahren habe, um die edlen Lords zu überzeugen, daß das schmachvolle Tortursystem in Indien nur durch Einschreiten der Gesetzgebung abgeschafft werden könne. Die Steuer, welche zur Folter Veranlassung giebt, führt den arabischen Namen „moturpa“, und wird nicht nur von allen erdenklichen Gewerben, sondern für jedes einzelne Handwerkzeug und selbst für Handthierungen unter freiem Himmel und an der Landstraße eingetrieben. Der Barbier z. B. muß selbst zum Steuereinnahmer gehen, der ihn oft tagelang warten läßt, um die Erlaubnis zum Gebrauch seines Rasirmessers, das 2 d. werth ist, zu erkaufen. In der Regel übersteigt die Steuer ömal den Werth des besetzten Werkzeuges, und sie wird auch von den geringsten Verkaufsartikeln erhoben. Ursprünglich von den Mohamedanern eingeführt, wurde sie im Jahre 1793 in Bengalen von dem menschenfreundlichen Lord Cornwallis abgeschafft; in Bombay bestand sie bis 1814; in den nordwestlichen Provinzen und im Pendschab hat sie niemals existirt, weil der kriegerische Charakter der Einwohner einigen Eindruck auf die Herren Direktoren machte, und ihrer Furcht, die Verhandlung über ihre Raubfucht verschaffe. Nur in Madras existirt sie fort. Im Bezirk Shengleput rief sie im Jahre 1844 einen aufstand gegen den Tumult hervor. In demselben Bezirk kam es nun vergangenes Jahr vor, daß der Steuereinnahmer, Mr. Shubrick, einen seiner Stellvertreter, Namens Steevansee Now, vernahnte, daß er die ganze Weibthulsteuer im Dorfe Variapollum (im Betrage von 21 Pfd. St. 15 Sch. 4 P.) ungesammelt gelassen, und den Rückstand bei Strafe einer „strengen Ordre“ eintreiben müßte. Was der Kunstausdruck „severe order“ bedeute, sei ihm unbekannt, aber die Folge der Vernachlässigung war, daß 14 armen Weibern „Zwang angethan wurde.“ So umschreibe man in der indischen Gerichtssprache das Wort Folter. Sie wurden der sogenannten „anandai“ unterworfen, einem Zwang, der vor einiger Zeit einem alten Mann wegen eines Rückstandes von 5 1/2 d. das Leben gekostet hat. Man stellte sie nämlich um 8 Uhr Früh mit einem 12 Pfund schweren Stein auf dem Nacken in die Sonne, und ließ sie fastend, ohne einen Tropfen Wasser oder einen Bissen Brod bis gegen 10 Uhr Abends in dieser Stellung verharren; zur Abwechslung erhielt jeder gelegentlich statt des Steines einen Mann auf den Nacken, während zwei Agenten ihn „zwickten.“ Um 10 Uhr Abends erhielten sie die Erlaubnis, ihr Frühstück in einer „cloaca“ einzunehmen. Den nächsten Tag wiederholte man dies Verfahren, obgleich sie um Gnade flehten, „da sie sich das Geld nicht aus dem Rücken schneiden könnten.“ Wie lange es fortgesetzt wurde, weiß der edle Lord nicht, genug, daß die Unglücklichen in einer Witschrift an Mr. Shubrick um „eine kurze Gestundung“ baten. Mr. Shubrick untersuchte darauf die Sache und nahm den „tahsildar“ (indischen Steuerfahndler) in die lächerlich unbedeutende Geldbuße von 5 Rupien (10 s.), „in Anbetracht, daß die Weber eine ansehnliche Summe schuldeten, deren Zahlung sie hinausgeschoben suchten, und daß der tahsildar durch eine Ordre des Einnahmen-Departements die Steuer persönlich einzutreiben gezwungen war.“ Der edle Lord schließt seine Darstellung mit einem Antrag auf eine Adresse an Ihre Majestät um Vorlegung aller betreffenden Schriftstücke. Der Herzog von Argyll erwidert, in Abwesenheit des Senatspräsidenten, daß die Regierung nichts gegen die Vorlage habe, allein die Aktenstücke seien nicht da, und es würde nöthig sein, sie aus Indien holen zu lassen. Zugleich versicherte er, die Regierung wünsche die Moturpa abzuschaffen, obgleich dem noch Hindernisse im Wege ständen. Die Torturfrage habe indeß nichts mit der Steuerfrage zu schaffen, denn aus der Aufhebung der Abgabe folge nicht, daß sie durch solche Zwangsmittel regeln wie die erwähnten erhoben werden müßte. Auf eine nochmalige Bemerkung des Earl of Albemarle erwidert der Herzog v. Argyll, daß sich keines der verlangten Dokumente im Besitz der Regierung befände. Lord Albemarle entgegnet, das habe er sich gedacht, und er könne seine Motion nicht zurückziehen. Sie wird darauf genehmigt und die Vorlage angeordnet.

Im Unterhause fragt Mr. Gwart den edlen Lord Premier, ob die griechische Regierung angegangen worden sei, die nach dem Bericht britischer Konsuln den englischen Handel bedrückenden Ausfuhrzölle abzuschaffen? Lord Palmerston erwidert: Es haben darüber sehr geräuschte Zeit diplomatische Correspondenzen stattgefunden, allein bis jetzt ist noch kein befriedigendes Resultat erzielt worden (hört, hört!), und ich fürchte, daß ich kaum guten Grund habe, einen besseren Erfolg für die Zukunft in Aussicht zu stellen; denn das Verwaltungstalent derjenigen, die jetzt in Griechenland regieren, ist der Art, daß es nirgendwo im ganzen Lande einen Augenblick Sicherheit für Personen oder Eigenthum giebt, außer auf der 3 engl. Meilen lange Straße zwischen Athen und dem Piräeus, wo die französische Kavallerie Tag und Nacht patrouillirt. (Gelächter.) Mr. Mitchell fragt, ob die Blockade der russischen Häfen bis zur Ratifikation des Friedensvertrages fortdauern soll? Britisches Eigenthum im Werth von mehr als 1,000,000 Pfd. St. liege in Rußland eingeschlossen. Lord Palmerston: Gestern (Mittwoch den 2. April) hat der Kongreß den Waffenstillstand auch auf das Meer ausgedehnt. Bisher war er auf die Operationen zu Lande beschränkt und der Grund dafür versteht sich von selbst. Es war zweifelhaft, welchen Ausgang die Unterhandlungen nehmen würden (hört, hört) und hätte man einen freien Seeverkehr gestattet, so könnten offenbar die Russen leicht eine andere und im Fall einer Erneuerung der Feindseligkeiten wesentlich vorthellhaftere Stellung gewinnen. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages hat glücklicher Weise jeder Möglichkeit neuer Feindseligkeiten ein Ende gemacht, und somit hat folglich die Blockade ein Ende. (Hört, hört!) Was den andern Theil der Frage betrifft — ob britische Handelschiffe jetzt ohne Gefahr einer Beschlagnahme in russischen Häfen einlaufen können — so hängt sie noch mit andern Erwägungen zusammen, und ich kann sie in diesem Augenblick nicht beantworten. Mr. Scott beantragt einen Sonderauschuß zur Untersuchung der Frage, wie weit die Abschaffung der Transportation, resp. die Einführung anderer Strafmittel auf die criminalistischen Zustände des Landes gewirkt habe. Die Verbrecherzahl vermehre sich in einem erschreckenden Verhältnisse, und er glaube, im Widerspruch mit der Annahme des Versten Zebs, daß von 100 „ticket-of-leave men“ wenigstens 31 rückfällig werden, ohne natürlich diejenigen zu rechnen, deren Rückfälligkeit unentdeckt bleibt. Er behauptet, daß die entlassenen Sträflinge nicht unter einer strengeren Aufsicht stehen, wie dies in Frankreich der Fall sei. Mr. Lloyd Davis secundirt. Sir G. Grey beharrt bei seinem schon früher angezeigten Amendement, daß sich die Untersuchung einfach auf die Wirksamkeit der Parliamentsakte beschränke, welche die Transportation in gewissen Fällen durch andere Straf-

arten erst. Er hält die statistischen Angaben Mr. Scott's für sehr übertrieben, und erinnert bei Gelegenheit, daß die Abschaffung der Transportation von den großen australischen Kolonien erzwungen wurde; doch werde noch immer eine gute Anzahl Sträflinge nach West-Australien geschickt, wo die Anstalten nicht dagegen haben. Mr. Labouchere bemerkt dazu, daß das Haus dürfe sich nicht einbilden, daß Westaustralien viele Verbrecher aufnehmen könne. Nach einer längeren Konversation, an der sich Mr. Alderley, Sir S. Pakington, Mr. Waines, Mr. Newdegate u. s. w. beteiligten, nimmt Mr. Scott seine Motion zurück, und Sir G. Grey's Amendement wird genehmigt. Die am Mittwoch vertagte Factories-Bill kommt zur 2. Lesung, und nach einigen anderen Verhandlungen von örtlichem Interesse schließt die Sitzung um Mitternacht.

Dänemark.

Kopenhagen, 2. April Vorm. Es werden unter den hier stehenden Truppen-Abtheilungen Werbungen veranstaltet, um die Besatzung in die dänisch-westindischen Kolonien, die im vorigen Jahre durch das gelbe Fieber viel gelitten hat, zu komplettieren. — Eine aus Kopenhagen vom (Donnerstag) 3. April Nachmittags 3 Uhr datirte Depesche der „Hamburger Börsenhalle“ meldet, daß in der Sitzung des Reichsraths von jenem Datum (3. April) der lauenburgische Abgeordnete Berckmeyer und einige hollsteinische Abgeordnete gegen den Verkauf einer lauenburgischen Domaine protestirten und Herr Berckmeyer den Saal verließ. Mit 61 gegen 6 Stimmen wurde dann die Niederlegung eines Ausschusses über diesen Gegenstand beschloffen.

Zur Orientirung möge hierbei folgendes dienen. Die dänische Regierung hat vom Reichsrathe die Zustimmung zur Veräußerung von Domainen im Königreiche Dänemark, dann im Herzogthum Schleswig, ferner im Herzogthum Holstein und namentlich am vorigen Montag auch einer Domaine im lauenburgischen (Hollenbeck) verlangt. Es liegt nun klar am Tage, daß solche Veräußerungen von den betreffenden Provinzial-Länderparlamenten, nicht aber von dem für die ganze Monarchie gemeinschaftlichen Reichsrathe gebilligt werden mußten. Das Ministerium hat jedoch den letztgedachten Weg eingeschlagen, weil es dadurch leichter zum Ziele kommen zu können hoffte. Die Herzogthümer wollten aber von dieser Verschmelzung ihres Budgets mit dem Budget der Gesamtmonarchie nichts wissen. Darum schloffen sich einige hollsteinische Abgeordnete dem Proteste des Herrn Berckmeyer an. Dieser, Landrath auf Tsurrow im lauenburgischen, ist eines von den vom Könige ernannten Mitgliedern des Reichsraths und bis jetzt der einzige Lauenburger in demselben, da sowohl der von Ritter- und Landchaft Lauenburgs zuerst gewählte Graf Reventlow-Kriminil (der frühere Minister für Holstein und Lauenburg) als auch der an seiner Stelle neulich gewählte Vicelandmarschall Graf Kielmannsegg auf Gützkow (irren wir nicht, auch Mitglied des preuss. Herrenhauses) die Wahl abgelehnt haben. Hr. Berckmeyer ist ein durchaus konservativer Mann und als solcher recht eigentlich ein passender Repräsentant für das Herzogthum Lauenburg, welches auch 1848 bis 1850 mit den Schleswig-Holsteinern, nur so weit es nicht anders konnte, gemeinsame Sache machte und auch selbst unter der damaligen provisorischen Regierung, welche der obengenannte Graf Kielmannsegg zuerst als Präsident, zuletzt aber mit dem Titel eines Statthalters leitete, die Autorität König Friedrichs VII. stets anerkannte. Wenn nun ein so konservativer, obendrein vom Könige ernanntes Mitglied des Reichsraths sich zum Austritt aus dieser Versammlung gedrungen fühlt, so ist dies gewiß ein sicheres Zeichen dafür, daß man an einem Eingehen der dänischen Majorität auf die noch so gerechtfertigten Wünsche der Herzogthümer verzweifelt. (Nat. 3.)

Amerika.

Mexiko, 3. März. Es ist kaum eine Hoffnung auf nur zeitweilige Rückkehr von Ordnung und Sicherheit. Haro y Tamariz scheint es, begibt einen Fehler, indem er nicht gleich nach der Einnahme von Puebla gegen die Hauptstadt marschirte. Damals wäre er auf geringen Widerstand gestoßen, aber seitdem hat der Präsident, General Comonfort, ansehnliche Streitkräfte gesammelt, mit denen er bis San Martin, einige Meilen von Puebla, gerückt ist, wo man erwartet, daß es zu einer Schlacht kommen wird. Inzwischen sind Handel und Gewerbe gelähmt. Die Regierung legt gewaltsam Hand an alles Privatvermögen und preßt die Indianer zum Militärdienst. Niemand wagt sich mit Pferd oder Wagen auf die Landstraße, da man ihm sogleich beides für die Bedürfnisse der Armee wegnehmen und dafür eine werthlose Duitung geben würde. Die größten Unterschleife werden den Beamten vorgeworfen, und hat Jemand eine Forderung an den Fiskus, so sagt man ihm, daß erst die „heiligen Verbindlichkeiten gegen die Revolution“ erfüllt werden müssen. Eine dieser Verbindlichkeiten besteht in der Zahlung von 400,000 Dls. für einen Vorstoß von 60,000 Dls. Das Benehmen der Provinz-Gouverneure war geeignet, argen Schwierigkeiten herbeizuführen. In Tepic soll der britische Konsul, Mr. G. Barron jun., nebst seinem Schwager, Mr. Forbes, der amerikanische Konsul in San Blas, wegen angeblicher Einmischung in die Lokalpolitik willkürlich vertrieben worden sein, und ein Kammermitglied, Mr. Gomez Farias, der wegen eines Pasquills gegen Mr. Barron von den Gerichten zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt war, wurde durch einen besondern Kongressakt begnadigt. In Tampico suchte der Gouverneur den fremden Importeurs Geld abzupressen, was die Konsuln zu einem Protest veranlaßte. Dabei soll der neue Tarif in vielen Punkten entschieden liberaler als die früheren, in einigen Beziehungen aber lästiger sein.

Provinzial-Beitrag.

Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung

am 3. April.

Anwesend 39 Mitglieder der Versammlung. Ohne Entschuldigung fehlten die Herren Dinter, Erpf, Galeschky, Günsburg, Lewald, Milde, Radtzy, Rogge, Sturm, Wintler, Wolff I.

Magistrat kommunizirte das Rescript der königlichen Regierung, welches die Genehmigung enthält, daß die auf die Stadt Breslau entfallenden Beiträge zum Betriebs- und Deckungs-Fonds der städtischen Darlehnskasse aus dem hiesigen Bank-Gerechtigkeits-Abzugs-Fonds zuzuführenden Erträgen des bestehenden Zuschlages zur Wahl-, Schlacht- und Brauabzugssteuer entnommen werden können. Ferner kommunizirte derselbe die Konferenz-Verhandlung der gemischten Kommission, welche das bei Ausschreibung der Verschmannschaften künftig einzuhaltende Verfahren berathen hatte, nebst einer Zusammenstellung der für die Ausschreibung maßgebenden Normen. Diese Vorlage überwies die Versammlung ihrer Kommission für das Sicherungswesen, um sich darüber gutachtlich zu äußern.

Der Verein zur Beförderung des Seidenbaues in der Provinz Schlesien überreichte seinen dritten Jahresbericht mit dem Antrage: ihm auch für das laufende Jahr eine Geldunterstützung aus Kommunal-Fonds zu gewähren. Die Befürwortung über den Antrag wurde bis zu erfolgtem Eingange einer darauf bezüglichen Vorlage seitens des Magistrats, an welchen der Verein ein gleiches Gesuch gerichtet, vertagt. — Auf ergangene Einladung zur Bewohnung der am 6. April stattfindenden öffentlichen Prüfung sammtlicher Klassen der Industriehochschule für arme israelitische Mädchen deputirte die Versammlung die Herren Gassen, Friedenthal und Friedrich.

Laut Bau-Mappot für die Woche vom 31. März bis 5. April fanden bei den städtischen Bauten 24 Maurer, 20 Zimmerleute, 8 Steinseher und 107 Tagelöhner Beschäftigung. Die Stadtreinigung beschäftigte 44 Tagelöhner.

Aus Anlaß einer Circular-Verfügung der königl. Regierung an sämtliche Magistrate des breslauer Regierungs-Bereichs war nachstehendes Schreiben des Magistrats an die Versammlung gelangt: „Der Stadtverordneten-Versammlung übersenden wir in der Beilage, Auftrags gemäß, die Verfügung der königlichen Regierung vom 29. Dezember v. J. betreffend die Ermäßigung über etwaigen Nothstand städtischer Lehrer in der jetzigen theuern Zeit und dessen Abhilfe.“

Wir bemerken dazu, daß nach unserm Dafürhalten die städtischen Elementarlehrer, wenn auch nicht behauptet werden kann, daß ihr Gehalt auf Wohlleben bemessen, vielmehr zugekauft werden muß, daß es nur für das nothwendige Bedürfnis berechnet ist, so doch nicht zu den beklagenswerthen Familienverhältnissen gehören, von denen in der vorgedachten Regierungs-Verfügung gesagt ist, daß sie in der jetzigen Zeit gezwungen sind, sich kaum zu tragende Beschränkungen aufzulegen. Wir verkennen hierbei nicht, daß einzelne Ausnahme-Verhältnisse das Zustandekommen eines gewissen Nothstandes gestatten. Sie finden ihren Grund in einigen Fällen in zahlreicher Familie, in unter in der pflichtgemäßen Sorge für Eltern und Verwandte, nicht selten in vorzeitiger Beendigung eines eigenen Hausstandes. Von einem Nothstande im letztgedachten Falle können wir wenig oder keine Notiz nehmen, weil für die Folgen eines unvorsichtigen Schrittes die Stadt-Kommune nicht eintreten kann, und wenn sie dies thun wollte, sie zu tadelnden Uebereilungen Horschub leisten und sie vermehren würde.

Dagegen sind in dem Dispositions-Fonds zur Unterstützung hilfsbedürftiger Lehrer Mittel geboten, außerordentlichen Nothständen zu begegnen. Außer dem haben wir fortgesetzt Bedacht genommen, so weit einzelne Stellen unauskömmlich dotirt erscheinen, diese zu verbessern. Ausweis hierüber liefert der Elementarschulen-Stat pro 1856, so wie der der Stadtverordneten-Versammlung vorgelegte Plan zur Vertheilung des zu U. terstützungen aus dem vergangenen Jahre affectirten Betrages von 250 Thlrn. — In Betrach dessen halten wir dafür, daß die Verfügung der königl. Regierung keine Veranlassung für uns abgeben kann, noch auf außerordentliche Unterstützungen vorzudenken, während wir uns für einzelne in der neuesten Zeit zu unserer Kenntniß gekommene Nothstände vorbehalten, in nächster Zeit und nach Anhörung der Schulen-Deputation, aus dem Unterstützungs-Fonds des laufenden Jahres die Bewilligung von einigen Unterstützungen zu beantragen.“

Die Versammlung trat dieser Ansicht des Magistrats bei und beschloß, demselben ihr Einverständnis zu erklären. Die vorgeschlagene einjährige Prolongation des Pachtvertrages über den Keller unter der vormaligen kleinen Waage im Weinwandraße, desgleichen die Ertheilung des Zuschlages der Pacht der Fähr über die Dhlau an der Feldgasse für das im Koncertations-Termine erlangte Meistgebot von 58 Thaler fanden die Zustimmung der Versammlung. Derselbe erklärte sich ferner für die Bewilligung der von den Besessenen-Entrepreneurs des Kranken-Hospitals zu Allerheiligen und des Armenhauses verlangten Kostpreise pro 11. Quartal, mit der Maßgabe, beim Armenhause den Preis für Suppenbrod von 1 Sgr. 10 Pf. auf 1 Sgr. 5 Pf. pro Pfund zu reduciren. Die nachstehend beschlossenen Bewilligungen betreffen die von der städtischen Feuer-Versicherung-Deputation festgesetzten Brandschaden-Vergütungen für das Grundstück 10 der Bischofsstraße mit 7 Thaler, für das Grundstück 39 der Ufergasse mit 7 1/2 Thaler, für das Grundstück 38 daselbst mit 16 Thaler, für das Grundstück 2 der Hofgasse mit 6 Thaler. Hierbei gelangte der Antrag an den Magistrat, für Entdeckung von Brandschäden eine Prämie in der früheren Höhe auszusprechen und dies in den öffentlichen Blättern bekannt zu machen; zur Beschaffung einer zweiten vollständigen Garnitur von Schläuchen wurden 240 Thaler, zur Anschaffung der erforderlichen Bänke für den Prüfungssaal des Magdalenen-Gymnasiums 80 Thaler, zur Remuneration der Markalk-Kärner 67 Thaler, zur Erhebung der kontraktlichen Sätze für die Schiedsrichter und Stellmacher-Arbeiten des städtischen Markalks 106 Thaler für das laufende Jahr, zur Unterstützung einer Beamtenwitwe 200 Thaler, zur Ausrichtung eines Gnadenmonats 9 Thaler und als Beiträge zu Zwecken des ersten Sparvereins und des Sparvereins im Maurer- und Zimmereigenen-Brüder-Verein, sowie des Frauen-Vereins zur Bespeisung und Bekleidung der Armen 140 Thaler, endlich einem 83-jährigen Kanlei-Diater eine dauernde Unterstützung von 6 Thlrn. monatlich gewährt. Die nachträgliche Genehmigung erhielten die im verfloffenen Jahre bei den Verwaltungen der allgemeinen Einnahmen und Ausgaben, des Elementar-Unterrichtswesens, des Magdalenens, der beiden Realschulen, der Turn-Anstalt, der Sonntagsschule für Handwerkskinder, des Gewerbesteuers-Fonds und des Knaben-Hospitals in der Realschule vorgekommenen Etats-Überschreitungen zur Summe von 587 Thlrn. In Betreff des Mehrverbrauchs bei der Realschule am Zwinger ward nachträgliche Mittheilung extrahirt, worin die Ergänzungs-Bauten bestritten, durch welche die Mehrausgabe herbeigeführt worden.

Dem Vorschlage des Magistrats gemäß ward concluidirt, den nach Erfüllung des Reserve-Fonds der Sparkasse bei derselben verbliebenen Ueberschuß pro 1855 im Betrage von 1870 Thaler dem Hospital für hilflose Dienstboten und der Bürger-Versorgungs-Anstalt zu gleichen Theilen zuzuwenden. In Bezug auf die Verwendung der künftigen Ueberschüsse erfolgt Antrag, daß Magistrat jedes Jahr um die Zeit der Festsetzung des Stadthaushalts-Etats diesfällige Vorschläge zur Disposition über den im vergangenen Jahre gewonnenen Sparkassen-Ueberschuß an die Versammlung gelangen lassen möge.

In Folge der vollzogenen Wahlen sind berufen: für das Schiedsmannsamt im barmherzigen Brüderbezirk Partikulier Herr Alberti, für das Schiedsamt im Burgfeldbezirk Kaufmann Herr Gunkel, für die Stelle eines Vorstehers der Kirche und des Hospitals zu St. Trinitatis Kaufmann Herr Friedrich, zum Mitgliede der Schulen-Deputation Stadtverordneter Herr Wendt, zum Mitgliede der Grundeigentums-Deputation Stadtverordneter Herr Schindler, zu Mitgliede der Hospital-Direktion Strumpf-Fabrikant Herr Lindner und Stadtverordneter Herr Burghart, als Vorsteher der Elementarschule Nr. 21 Partikulier Herr Jaekel, zum Vorsteher der Elementarschule Nr. 9 Strumpf-Fabrikant Herr Linde, der nach dem Bericht der Schule-Kommission auf den ihm mitgetheilten besonderen Wunsch der Versammlung sich hatte bereit finden lassen, eine Wiederwahl zu dem genannten, so wie zu dem Amte eines Mitgliedes der Hospital-Direktion anzunehmen.

Häuer. C. Jurock. Dr. Gräber. Worthmann.

Wh. Breslau, 7. April. In heutiger General-Versammlung der Handlungsdieners-Resource las Herr Schluckwerder den Verwaltungsbereich vor, welcher bezeugt, daß der Vorstand von den Mitgliedern nicht die nöthige Unterstützung erfahren, noch mehr aber, daß so viele Kollegen sich von den Bestrebungen der Ressource ganz fern halten und statt die gebotene Gelegenheit engen Uebersichtens der Standesgenossen zu benutzen, es vorziehen, anderweitige Vergnügungen aufzusuchen. Darum ersuchte der Herr Berichtsführer am Schlusse seiner Rede die jüngeren Kollegen, sich an der Ressource zu betheiligen und durch vermehrten Zutritt die durch Tod, Wegzug oder Etablierung älterer Mitglieder entstandenen Lücken wieder zu füllen. — Einnahme 941 Thlr., wovon 14 Thlr. als Bestand verbleiben. Die Decharge wurde ertheilt. — Die Wahl des Sommerlokals fiel auf das Grabliffement des Herrn Kugner, event. auf das des Herrn Piesch, falls ersteres nicht zu gewinnen sein sollte. — Die Wahl des Vorstandes nahm eine ungewöhnlich lange Zeit in Anspruch, da nach der Einnahmeabgabe und Zahlung einige Gewählte erklärten, die Wahl nicht anzunehmen, ein Umstand, welcher allerdings nicht geeignet ist, das Leben der Ressource anzufeuern. Schließlich erklärten die Herren Welfe, Weidiger, Schluckwerder und Hoffmann, die Wahl anzunehmen zu wollen. Die abwesenden Herren Ulrich und Müller sollen schriftlich ersucht werden, die Wahl zu acceptieren. Die Wahl des Ausschusses ward dem Vorstande unter den in der Sitzung bestimmten Modalitäten übertragen. — Als Sommer-Resourcentag wird der Freitag festgesetzt. — Mit dem Wunsche für das Gedeihen der Ressource wird die Versammlung in sehr vorgerückter Stunde geschlossen. — Privatim wird nach mitgetheilt, daß die Herstellung der Lithographie des jüngst verstorbenen Kollegen Herrn Ignor vorbereitet wird. Die Anwesenden werden zur Subskription hierauf eingeladen. — Herr Lehrer Scholz läßt anfragen, ob sich nicht einige Herren entschließen möchten, zu den bereits angemeldeten Personen zur Erlernung der Stenographie nach Stolz hinzutreten.

Breslau, 8. April. [Polizeiliches.] Im Laufe voriger Woche sind 56 Personen durch Polizeibeamte beim Betteln betroffen und in Haft genommen worden.

Gestohlen wurden: Vorderleiche Nr. 1 von einem Wagen eine grün angefarbene Bracke; zwei Kindern im Alter von 2 und 4 Jahren, angeblich durch eine unbekannte Frauensperson, welche jene vom Niembergshofe nach der Predigerstraße zu locken gewußt hat, ein Paar goldene Ohrringe, Werth 2 1/2 Thlr., 1 Paar Filzschuhe und 1 kuttunenes Halstuch; von dem am Hause Flurstraße Nr. 1 angebrachten Hühnerleiter ein 5 Fuß langer und 1 1/2 Zoll breiter Kupferstreifen; Gerbergasse Nr. 1 eine weiße Betende, gez. J. A., 1 roth und weiß karrierter Deckbett, 1 dergleichen Kopfkissen und 1 weißer Deckbett-Übergang, letzterer J. A. gez., 2 weiße Taschentücher, gez. Auguste

Tischler; Albrechtsstraße Nr. 24 ein schwarzer Tuchüberzieher mit schwarzem und weiß gestreiftem Flanell gefüttert; Ufergasse Nr. 37 aus unverflossener Rüche 1 Deckbett und 1 Kopfkissen mit blau und weiß gestreiften Bezügen, Werth 4 Thlr., Mühlgasse Nr. 24 eine große reich vergoldete Tasse, die Aufschrift „3. März 1847. J. G. Krauß“ tragend; Kupferschmiedestraße Nr. 6 eine filberne Taschenuhr mit römischen Zahlen und schwarzen Zeigern, Werth 5 Thaler.

Es sind in Beschlag genommen: Zwei Wasserkannen, ein alter Handkorb, 2 bunte Gläser, 3 Tücher, eins derselben weiß, die anderen beiden bunt, 1 Haube mit weißen Spitzen besetzt, 1 Sommerweste, 1 Spiegel mit Goldrahmen, 1 kleines Flacon, 1 steinerne Flasche, circa 7 Quart haltend, 1 Flasche mit Himbeer-Gelee und 1 Flasche mit Bier.

Gefunden wurden: 6 Stück Schrauben Schlüssel und 4 Stück kleine Schlüssel zu Vorlegeschloßern; 1 goldner Fingerring in Form einer Schlange und auf der Gartenstraße 1 großer Hausschlüssel.

[Unfallfall.] Am 4. d. M. Nachmittags wurde ein auf dem Freiburger Bahnhofe beschäftigter hiesiger Schloffer, durch einen circa 10 Centner schweren eisernen Gegenstand, welcher aus dem Maschinenschuppen nach der Bahnstrecke befördert wurde, in Folge des unerwarteten Abgleitens desselben von den Holzunterlagen, zu Boden gerissen und dergestalt am Kopf und der Brust verletzt, daß er bereits Tags darauf im Hospital Allerheiligen starb. (Pol. Bl.)

Leignitz, 5. April. [Personalien.] Es wurde bestätigt: die Vocation des Hilfslehrers Sucker als Lehrer der evangelischen Schule in Hermendorf, Kreis Glogau; die Vocation des Lehrers Bachaly zum Lehrer an der evangel. Schule in Fürstena, Kreis Freistadt; die Vocation des Hilfslehrers Schubert zum Lehrer an der kathol. Schule in Hertwigswaldau, Kr. Sprottau; die anderweit erfolgte Wahl des Bau-Inспекtors Kirchner zum Rathsherrn und Bau-Inспекtor der Stadt Leignitz; die anderweit erfolgte Wahl des Seifenfärbermeisters Harmuth in Sagan zum Rathsherrn daselbst.

Im Bezirk des königl. Appellations-Gerichts zu Glogau wurden befördert: Der Gerichts-Affessor von Diemar zum Kreisrichter bei dem Kreisgericht zu Glogau. Die Appellationsgerichts-Referendarien Bahn und Schmidt 1. zu Gerichts-Affessoren. Der Bote und Exekutor Fiebig zum Gerichtsdienner und Gefangenwärter bei dem Kreisgericht zu Rothenburg. Der Hilfsunterbeamte Streitz definitiv zum Gerichtsboten und Exekutor bei dem Kreisgericht zu Rothenburg. — Uebertragen: Dem Organanten Schilling die diätetische Verwaltung der Stelle des Gefangen-Inспекtors bei dem Kreisgericht zu Glogau. — Ausgeschieden: Die Appellationsgerichts-Auskultatoren: Schröder in Glogau, behufs Uebertritts in das Departement des Appellationsgerichts in Frankfurt a. d. O.; v. Kardorf in Leignitz, behufs Uebertritts zur Verwaltung; Brendel in Glogau, behufs Uebertritts zur Steuerpartie.

Telegraphische Depesche der Breslauer Zeitung.

London, 7. April. In der Unterhaus-Nachtsitzung meldet Peel: daß die Miliz und die Fremdenlegion baldigst desarmirt werden; das türkische Kontingent tritt schnelligst in den Sold des Sultans. Wilson meldet: der Geheimrath revocirt morgen das Ausfuhrverbot aller Artikel, ausgenommen Munition, nach dem Continent. Hierauf folgt die Debatte über das Einquartierungssystem. Die Regierung blieb mit 139 gegen 116 Stimmen in der Minorität, obwohl alle Minister hart kämpften, um die Abstimmung zu vermeiden.

Berliner Börse vom 7. April 1856.

Fonds-Course.		Röms-Münzen Pr. 4 1/2 100 bez.	
Freiw. St.-Anl.	4 1/2 110 1/2 bez.	dito II. Em.	5 1/2 103 Br.
St.-Anl. v. 1850	4 1/2 101 bez.	dito III. Em.	4 1/2 11 bez.
dito 1852	4 1/2 101 bez.	dito IV. Em.	4 1/2 90 1/2 bez.
dito 1853	4 1/2 96 1/2 Br.	Münz-Schuldsch.	1 — —
dito 1854	4 1/2 101 bez.	Redempt.-Anl.	4 1/2 56 1/2 Br.
dito 1855	4 1/2 101 bez.	Reichs-Schuldsch.	4 1/2 56 1/2 bez.
Präm.-Anl. v. 1855	3 1/2 114 bez.	dito Prior.	4 1/2 94 Gl.
St.-Schuldsch.	3 1/2 86 1/2 bez.	dito Pr. Ser. I. II	4 1/2 94 bez.
Seehd. v. Pr. v. Sch.	— 150 bez.	dito Pr. Ser. III	4 1/2 93 1/2 bez.
Preuss. Bank-Anth.	4 131 1/2 bez.	dito Pr. Ser. IV	5 1/2 102 Br.
Dofener Pfandb.	4 100 bez.	dito Zweifelh.	4 1/2 90 1/2 bez.
dito	3 1/2 89 1/2 Gl.	Nordb. (Fr.) Wld.	4 1/2 62 Br.
Russ. 6. An. Silg	5 95 1/2 bez.	dito Prior.	5 — —
Polnische III. Em	4 92 bez.	Ober-Schlesische A.	3 1/2 212 1/2 213 bez.
Poln. Del. a 500 R.	4 53 1/2 Gl.	dito B.	3 1/2 180 Gl.
dito a 500 R.	5 92 Gl.	dito Prior. A.	4 1/2 93 Gl.
dito a 500 R.	— 20 1/2 bez.	dito Prior. B.	3 1/2 1 bez.
Samb. Pr.-Anl.	— 60 Br.	dito Prior. D.	4 1/2 90 1/2 bez.
Aktien-Course.		dito Prior. E.	3 1/2 78 bez.
Adams-Mahrischer	4 63 1/2 64 bez.	Rheinische	4 120 1/2 121 bez.
dito Prior.	4 1/2 93 1/2 bez.	ito Prior. Sim.	4 120 1/2 bez.
Berlin-Hamburger	4 111 1/2 112 bez.	ito Prior.	3 1/2 82 1/2 bez.
ito Prior. I. Em.	4 101 1/2 Gl.	Stargard-Pföner.	3 1/2 96 bez.
ito Prior. II. Em.	— — —	Stargard-Pföner.	3 1/2 91 Gl.
Sachscher	4 160 1/2 162 1/2 bz.	Stargard-Pföner.	4 1/2 99 1/2 Br.
Breslau-Freibur.	4 169 1/2 170 bez.	Stargard-Pföner.	4 1/2 224 1/2 226 bez.
dito neue	4 155 1/2 156 bez.	Stargard-Pföner.	4 1/2 183 bez.
Röms-Münzen	3 1/2 174 1/2 bez.	Stargard-Pföner.	4 1/2 90 bez.

Die Börse blieb für die meisten Eisenbahn-Aktien günstig gestimmt und einige wurden höher bezahlt bei ziemlich belebtem Geschäft, dagegen find darmschäfter Bank-Aktien im Preise gewichen.

Stettin, 7. April. Weizen flau, loco 50 Wpl. gelber 82pfd. pr. 90pfd. 35 Thlr. bez., gelber 88—89pfd. pr. Frühl. 99 Thlr. bez. u. Br., pr. Mai-Juni 96 Thlr. bez., pr. Juni-Juli 97 Thlr. bez. Roggen schließt niedriger bezahlt, loco 81—84pfd. pr. 82pfd. 62 Thlr. bez., 80—82pfd. 68 Thlr. Br., 82pfd. pr. Frühl. 61—60 1/2—60 Thlr. bez., pr. Mai-Juni 60—59 1/2 Thlr. bez., pr. Juni-Juli 59—59 1/2—59 1/2 Thlr. bez., pr. Juli-August 58 1/2—58 1/2—58 1/2 Thlr. bez., pr. August-September 58 Thlr. bez., pr. September-Oktober 56 Thlr. bez. Gerste unverändert, pr. Frühl. 51 Thlr. für 74—75 Thlr. bez. Hafer unverändert, eine Anmelde 3 1/2 Thlr. bez. pr. 52pfd., pr. 50—52pfd. pr. Frühl. 33 1/2 Thlr. bez. Mais matter, loco 17 1/2 Thlr. Br., pr. April-Mai 17 1/2 Thlr. Br., 17 1/2 Thlr. Bd., pr. September-Oktober 14 1/2—14 1/2 Thlr. bez., Sonnabend 14 1/2 Thlr. bez. Spiritus matt, loco ohne Faß 13 1/2—14 1/2 bez. u. Bd., 13 1/2 % Br., pr. Mai-Juni 13 1/2—14 1/2 bez., pr. Juni-Juli 13 1/2 % bez. u. Br., pr. Juli-August 13 1/2 % bez. u. Br., pr. August-September 13 1/2 % bez. u. Br., pr. September-Oktober 13 % Br.

Breslau, 8. April. [Produktenmarkt.] Getreidemarkt sehr still, Forderungen zwar höher, aber keine Kauflust. — Kleesaaten mehrseitig begehrt, Zufuhr sehr klein.

Weizen, weißer besser 130—140 Sgr., guter 110—115—120 Sgr., mittlerer und ord. 90—100—105 Sgr., gelber besser 120—125—134 Sgr., guter 105 bis 115 Sgr., mittl. und ord. 80—90—100 Sgr., Brennweizen 60—75 Sgr. nach Dualität und Gewicht. — Roggen 86pfd. 94—96 Sgr., 85pfd. 92 bis 93 Sgr., 83pfd. 90—91 Sgr., 82pfd. 84—86 Sgr. nach Dual. — Gerste 65—75 Sgr., Mählgerste bis 77 Sgr. — Hafer 37—43 Sgr. — Erbsen 105—115 Sgr. — Wintererbs 135—140 Sgr., Sommererbs und Sommererbsen 100—115—120 Sgr.

Kleesaat: rothe hochfeine 19 1/2—20 1/2 Thlr., feine und feinnittle 18 bis 19 Thlr., mittl. 16 1/2—17 1/2 Thlr., ord. 14—16 Thlr., hochfeine weiße Saat 28 1/2—29 1/2 Thlr., feine 27—28 Thlr., feinnittle 25 1/2—26 1/2 Thlr., mittl. 24—25 Thlr., ord. 20—23 Thlr. Thymothee 5 1/2—6 1/2 Thlr. pr. Str. nach Dualität.